Posener Zeitung.

№ 155. Freitag den 7. Juli. 1848.

Inland.

* Posen, den 6. Juli. [Fortsetzung der Denkschrift.] An den Jaroslawicer Traktat knüpft sich ein sehr interessanter Schriftwechsel. Der Ober-Präsident v. Beurmann schrieb aus Posen bereits den 12. April über die Convention, über die durch sie hervorgerufene Aufregung der Deutschen Bevölkerung der Stadt Posen, endlich über die desfallsigen Erklärungen des kommand. Gen. an den Minister des Innern:

„Ew. Excellenz überreiche ich gehorsamst Abschrift des Uebereinkommens, welches am gestrigen Tage zwischen dem General v. Willisen und den sogenannten Häuptern der Polnischen Partei abgeschlossen ist, und auf Grund dessen der erstere voraussetzt, daß binnen drei Tagen die Ruhe und Ordnung in der Provinz in der Hauptsache wieder hergestellt sein wird.

„Ich will nicht leugnen, daß dieses Abkommen zu sehr großen Bedenken Veranlassung giebt, abgesehen davon, daß keine Entwaffnung Statt gefunden hat (was General von Willisen ohne Blutvergießen herbeizuführen für unmöglich erklärte.)

Nach einigen nicht nothwendig hierher gehörigen Bemerkungen fährt der Ober-Präsident fort:

„Hier in Posen war die Aufregung der Deutschen, als das Uebereinkommen gestern Abend bekannt wurde, auf das Höchste gestiegen, namentlich als man sich erzählte, daß selbst ein Schlesisches Landwehr-Bataillon, welchem General von Willisen in der Gegend von Schroda begegnet war, eine Demonstration gegen denselben gemacht hatte, eine Nachricht, welche leider gegründet ist. Es versammelten sich gestern Abend vor der Wohnung des Hrn. von Willisen, welcher glücklicher Weise bei mir sich befand, große Haufen von Menschen, welche nur mit der größten Mühe durch persönliches Einwirken des kommandirenden Generals und des Generals von Steinäcker auseinander gebracht werden konnten. Der General von Willisen blieb während der Nacht bei mir, die Aufregung begann indessen heute Vormittag wieder, und es ward laut verlangt, daß derselbe sein Kommissorium niederlege, und die Stadt verlasse.

„Man mag über das Abkommen, welches der General von Willisen abgeschlossen hat, denken wie man wolle, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß dasselbe aufrecht erhalten werden muß, und hiervon hat sich auch der General von Colomb überzeugt. Bei einer Zusammenkunft, welche heute Vormittag bei mir statt fand, hat er dies erklärt, und sich nur vorbehalten, mit Gewalt der Waffen einzuschreiten, wenn nach Ablauf der bestimmten Fristen die Ordnung nicht wieder hergestellt sein sollte, oder wenn während der Zeit Seitens der Polen die gestellten Bedingungen nicht erfüllt würden. Hiergegen wird sich in keiner Weise etwas erinnern lassen. Mit dieser Versicherung ist es denn auch glücklich gelungen, im Laufe des Tages die Aufregung der Deutschen Bevölkerung einigermaßen zu beschwichtigen, und es kann zur Zeit noch nicht alle Hoffnung aufgegeben werden, im friedlichen Wege, wenigstens in der Hauptsache zum Ziele zu kommen. Daß später an mehreren Orten doch Gewaltmaßregeln zur Herstellung der Ordnung angewandt werden müssen, bezweifle ich nicht; es ist aber dann wenigstens die Zerstreuung der großen Haufen ohne Blutvergießen gewonnen.

„General von Willisen ist heute Mittag nach Miloslaw und Wreschen abgereist, um sich persönlich davon zu überzeugen, daß die Insurgenten wirklich auseinandergehen. Posen, den 12. April 1848. (gez.) von Beurmann.“

Indem von Auerswald unterm 14. April dem Königl. Kommissarius unter gewissen Modifikationen einzelner Artikel die nothwendige nachträgliche Genehmigung ertheilte, schrieb er ihm:

„Ew. rc. am 11. geschlossene Uebereinkunft habe ich durch den Herrn General von Colomb erhalten. Nach den Mittheilungen des eben eingetroffenen Herrn von Potworowski, den ich übrigens selbst noch nicht sprach, ist dieselbe ausgeführt, sind die bewaffneten Schaaren aufgelöst. — Ich beeile mich, Ihnen anzuzeigen, daß die Uebereinkunft hier genehmigt wird, mit der Maßgabe jedoch, daß über die Einstellung in die Posener Division schon deshalb das Nähere vorbehalten bleiben muß, weil nicht recht ersichtlich, ob hiermit mehr als die bis dahin von Ew. Hochwohlgeboren beabsichtigte Einstellung in die Landwehr gemeint ist, über welche Se. Majestät der König hinauszugehen nicht geneigt ist. Die Amnestie ist auch auf Deserteurs anzuwenden, in sofern solche sich sofort oder in einer von dem kommandirenden General festzusetzenden Frist bei ihren Fahnen melden. — Endlich wird nicht bloß Privat-, sondern auch öffentliches Eigenthum, welches geraubt oder gewaltsam genommen, zurückzugeben sein.

In der Voraussetzung, daß die Uebereinkunft vollzogen und die Schaaren nach Maaßgabe derselben aufgelöst sind, wünsche Se. Majestät, daß sofort mit der Reorganisation vorgeschritten werden könne, und erwarte ich die Vorschläge. Die Berücksichtigung der Polnischen Nationalität darf dabei um so entschiedener erfolgen, als die Deutsche von dieser Organisation ausgeschlossen bleiben soll und, wie Ew. rc. dies in ihrer Proklamation vom 12. (oder dem Schreiben an den Präsidenten von Schleinitz?) bereits ausgesprochen, ein Anschluß der Deutschen Bundestheile an den Deutschen Bund vermittelt wird. Ich hoffe, daß diese Mittheilung zur Beruhigung beider Theile wesentlich beitragen, und wo eine Ausgleichung und Vereinbarung der Interessen nachgerade unmöglich wurde, ein abgesonderte Behandlung befriedigen wird. Wenn auch unter den Polen Mehrere sind, welche ungern anerkennen, daß Theile der jetzigen Provinz Posen nicht als Polnisch zu erachten sind, so werden dieselben doch lieber ihre Nationalität in einem kleinern Landstriche fester begründen, als in einem größern fortwährend bestritten sehen. Die Aufregung der Deutschen aber darüber, daß ihnen ihrer Meinung nach eine Polonisirung bevorstehe, wird sich legen. Für die nicht auf solche Weise zu scheidenden Deutschen und Polen werden sichernde Garantieen zum Schutze der Nationalitäten festgestellt.

Ich hoffe, daß durch den diesfälligen Beschluß Sr. Majestät Ew. rc. schweres Werk wesentlich erleichtert wird und Ihre Vorschläge, ebenso wie mit der näheren Bestimmung der Deutschen nnd Polnischen Landestheile sofort vorgegangen werden soll (worüber ich mir das Nähere vorbehalte), bald entgegen zu nehmen sein werden. Ich bitte dringend in Betreff der nationalen Truppen keine Zusicherungen zu ertheilen, die über das von Sr. Majestät bereits Verheißene hinausgehen, auch nicht Hoffnungen zu erregen, die nicht erfüllt würden.

Se. Maj. der König wünschen, daß Ew. rc., sobald die Sachlage es ohne Nachtheil irgend gestattet, anhero kommen, und nun nach begonnenem Werk nochmals das ganze Verhältniß persönlich besprechen, auch Sr. Majestät über die Vorgänge Vertrag halten möchten. Wann dies ohne Nachtheil geschehen kann, darüber erbitte ich mir Nachricht. Namentlich sind es die mit dem Militair rc. zu treffenden Einrichtungen, über welche Se. Majestät Ew. rc. selbst zu hören wünschen.

Die Bestimmungen Sr. Majestät und die Entscheidungen des Staats-Ministerii über die Uebereinkunft und die von mir erwähnte weitere Behandlung der Sache hoffe ich noch heute oder spätestens morgen früh nachfolgen zu lassen, glaube aber das Wesentliche derselbe Ew. rc. sofort zugehen lassen zu müssen. Der Herr General von Colomb ist von dieses Schreiben wesentlichem Inhalt ebenfalls in Kenntniß gesetzt und dringend ersucht, für die Beschwichtiguag der Aufregung möglichst Sorge zu tragen und dahin zu wirken, daß jeder fernere Gewaltschritt vermieden werden könne. Ew. rc. Einfluß wird hierzu das Wesentlichste beitragen. Ich sehe Ihren Mittheilungen sehnlichst entgegen, auch über die nicht zu vermeiden gewesenen hoffentlich nicht bedeutenden Gefechte. Gott verhüte ferneres Blutvergießen und erhalte dort den Frieden, damit wir das begonnene Werk der Pacifikation getrost vollenden können. Berlin, den 14. April 1848. (gez) von Auerswald.“

Es folgt dann der Abdruck der Königl. Kabinets-Ordre vom 14. April, in der den deutschen Theilen der Provinz die gesonderte Reorganisation und der Anschluß an Deutschland zugesichert wird.

Die Denkschrift fährt fort: Im Netzedistrikt und in den vorwiegend Deutschen Kreisen hatte sich die Aufregung inzwischen zu einer drohenden Höhe gesteigert. Durch die Maßnahme des Königl. Organisations-Kommissarius wurden die dortigen Deutschen in der Befürchtung bestärkt, daß sie unter ein national Polnisches Regiment gestellt, die bisherigen Usurpationen der Polnischen Komite's aber und die Bewaffnung der Polen legalisirt werden möchten. In großen Volksversammlungen wurde diese leidenschaftliche Stimmung noch erhöht. Zahlreiche Deputationen bestürmten die Räthe der Krone, einen sofortigen Entscheid zu veranlassen, daß die Deutschen Kreise von jeder Polnischen Reorganisation ausgenommen und dem Deutschen Bunde einverleibt werden sollten, um so jeden Verdacht und Argwohn, als begünstige die Regierung die Polnische Nationalität auf Kosten der Deutschen, zu beseitigen. Außerdem wünschte man Theilnahme an der nahe bevorstehenden Deutschen National-Versammlung für die Deutschen Distrikte des Großherzogthums zu sichern. Man erklärte, daß der Netzedistrikt sammt den andern fraglichen Deutschen Gebieten in eine verzweifelte Lage getrieben und zum Aeußersten gebracht werde. Nur durch den Beschluß einer Scheidung der Deutschen und Polnischen Gebiete und durch die eiligste Veröffentlichung derselben sei ein Aufstand zu vermeiden. Man werde sich in den Deutschen Kreisen mit bewaffneter Hand der Reorganisation im Sinne der Polnischen Nationalität entgegensetzen.

Wiederholentlich erging die Mahnung, daß eine Deutsche Regierung es doch nicht bis zur offenen Empörung eines Deutschen Volksstammes kommen lassen werde. Die Versammlungen zu Schneidemühl und Bromberg am 9ten April, welche von zahllosen Ortschaften mit Bevollmächtigten beschickt wurden, gaben von der Richtigkeit obiger Angaben ein sprechendes Zeugniß. Jene bekannte Petition wurde daselbst beschlossen, welche schließlich davor warnt, daß, was geschehen müsse, nicht „zu spät“ geschehe. Zum 16. April waren an beiden Orten abermals Versammlungen ausgeschrieben, und dort war man entschlossen, von Worten zu Handlungen überzugehen, wenn sich bis dahin die Regierung nicht entschlossen haben würde. Die Regierung hatte längst den Gesichtspunkt im Auge, daß die Anerkennung der Berechtigung beider Nationalitäten eine Scheidung der Provinz Posen in einen Polnischen und einen Deutschen Theil gebieten werde. Der Königliche Reorganisations-Kommissarius, General-Major v. Willisen, war in dieser Beziehung völlig mit dem Ministerium einverstanden, und die dringende Nothwendigkeit einer Demarkation stellte sich heraus.

Schon in seiner ersten Anrede an die Regierung zu Posen hatte der General v. Willisen seine Ansichten über diesen Punkt entwickelt und insbesondere nachdrücklich hervorgehoben, wie unter allen Umständen Stadt und Festung Posen zum Deutschen Antheil geschlagen werden müsse.

Die Regierung Sr. Majestät des Königs hatte sich, wie aus dem Obigen hervorgeht, bis dahin eines jeden vorgreifenden Verfahrens enthalten, jetzt aber geboten die Verhältnisse ein bestimmtes Einschreiten. Sie suchte dies in einer Weise zu bewirken, welche geeignet schien, die Besorgnisse der Deutschen möglichst zu beseitigen, ohne gerechte Ansprüche der Polen zu verletzen.

Der Minister des Innern benachrichtigte sofort den Präsidenten der Königlichen Regierung zu Bromberg, Freiherrn von Schleinitz, von diesem Entschluß, welcher zur großen Beruhigung der Deutschen Bevölkerung gereichte und sogleich auch beiden Volksversammlungen am 16ten bekannt gemacht wurde. — Die Deputirten der Versammlung eilten unverzüglich und in höchster Eile nach ihrer Heimath zurück, um zu verhüten, daß die erwünschte Botschaft nicht zu spät daselbst bekannt werde. Nächstdem richtete die Regierung die durch den Königlichen Erlaß gebotenen Anträge in Betreff der Aufnahme der von der Polnischen Organisation ausgenommenen Deutschen Landschaften in den Deutschen Bund an die Deutsche National-Versammlung. Es mußte hierzu eine vorläufige Bestimmung über die Grenzscheide getroffen werden. ohne jedoch dadurch eine fernere Regulirung und eine endliche Entscheidung auszuschließen.

Demgemäß wurde der Netzdistrikt in seinen alten Grenzen, wie er vordem mit Westpreußen verbunden gewesen, und diejenigen Grenzkreise zur Einverleibung in den Deutschen Bund empfohlen, welche sowohl durch das Uebergewicht der Deutschen Bevölkerung als durch vorzügliche zahlreiche Willenserklärungen ihrer Bevölkerung die Aufnahme gewünscht hatten. Auf jenes Schreiben des

Ministers des Innern vom 14. April erließ der Königliche Kommissarius d. d. Posen den 16. April eine Bekanntmachung, worin er seine freudige Genuthuung über die von des Königs Majestät genehmigte Vereinigung der vorwiegend Deutschen Theile des Großherzogthums mit Deutschland den Deutschen in Posen zu erkennen gab und Worte des Friedens an beide Nationalitäten richtete.

Die Mißstimmung der Deutschen in der Gegend von Posen selbst war inzwischen immer mehr gewachsen, so daß sich der Königliche Kommissarius unter dem 14. April gegen den Minister des Innern über die unter ihnen herrschende krankhafte Aufregung beklagt. Ein Hauptgrund jener Aufregung lag in dem Fortbestehen der bewaffneten Cadres. Ueber diese spricht sich der General dahin aus, daß man sie in Ruhe und ungeschoren lassen möge; er stehe dafür, daß sie sich dann von selbst auflösen würden, denn gleich in Absicht, daß es so kommen solle, habe er den Polen die Last aufgebürdet, die Leute zu verpflegen und nichts zu requiriren, auch dieselben nicht einmal gezwungen einzuquartieren. „Ich verbürge „mich für ihre gute und stille Führung in den Grenzen der Convention", sagt „der General, „denn schon jetzt sind die Führer einig darüber, daß nichts Bes„seres geschehen könne, als auch die Cadres aufzulösen und dies als einen Be„weis bei der Regierung geltend zu machen, wie sehr sie vertrauen, daß man „ehrlich mit ihnen zu Werke gehen wolle."

Ferner habe er verlangt, daß die Landwehr schon jetzt langsam abziehe und der Belagerungszustand von Posen in einigen Tagen aufhöre, er bitte nunmehr, daß den Militairbehörden aufgegeben werde, in ihre Schranken zurückzutreten, und die Aufforderung zum Einschreiten von den Civil-Behörden zu erwarten, „zuletzt aber bitte er auch um die Befugnisse den Polen zeigen zu können, daß „es mit den Zusagen, die ihnen gemacht seien, auch ernst gemeint wäre. Er „bitte um die Ernennung des Herrn v. Potworowski auf Gola zum Ober„Präsidenten, welcher die Stimmenmehrheit der Deutschen und von den Polen „soviel als Kraszewski besitze rc. rc." Der General ist der Ansicht, daß Alles Uebrige nun höchstens noch eine Frage der Zeit sei.

Am 16ten April entsendete der Minister des Innern durch den Obersten Stavenhagen Mittheilungen an den General v. Colomb. Der Oberst erhielt den gleichzeitigen Auftrag, sich mit dem General v. Willisen zu besprechen. „Wüßte ich nur erst", schreibt an diesem Tage der Minister des Innern an den Königlichen Kommissarius, „daß die Lager wirklich aufgelöst sind, umgehend hätten Sie die Ernennung des Ober-Präsidenten."

Der Minister ersucht, den Obersten so zu instruiren, daß er ihm deutlichen Bericht erstatten könne, auch stellt er dem General anheim, den Obersten St. im Großherzogthum zu verwenden.

v. Auerswald schreibt an demselben Tage an v. Willisen: „In Verfolg meines Schreibens vom 13. d. M. benachrichtige ich Ew. Hochwohlgeboren, daß es in der Absicht liegt, von der Polnischen Reorganisation des Großherzogthums den Netzdistrikt und die Kreise Birnbaum, Meseritz, Bomst und Fraustadt auszunehmen. Die Grenzlinie kann jedoch nicht unwiderruflich gezogen werden, es wird vielmehr vorbehalten bleiben, beim Ueberwiegen der Nationalität diese Grenzlinie noch zu modifiziren. Für die sofort einzuleitende Einverleibung in den deutschen Bund und für die Wahlen zu dem Deutschen Parlament, welche gleichfalls schleunigst angeordnet werden sollen, ist jedoch die bezeichnete Demarkationslinie vorläufig als Basis angenommen. Die Allerhöchste Kabinetsorder vom 14. d. M., die eine solche Abtrennung im Allgemeinen in Aussicht stellte, wird in Posen und Bromberg bereits publizirt sein.

Es kommt jetzt wesentlich darauf an, daß Ew. Hochwohlgeboren auch die Polen von der Nothwendigkeit und Gerechtigkeit dieser Maßregel zu überzeugen suchen, indem Sie dieselben zugleich darauf aufmerksam machen, daß die nationale Reorganisation nunmehr in weit ausgedehnterem Maaße gewährt werden kann, als dies möglich gewesen wäre, so lange noch die überwiegend Deutschen Kreise mit dem Großherzogthum vereinigt blieben.

Gelingt es, diese Scheidung friedlich zu bewirken und den Polen im Großherzogthum Posen Frieden und Ruhe und die ihnen gebührenden Institutionen zu geben, ohne dadurch Konflikte mit dem Nachbarstaate zu provoziren, so ist ein großes Werk vollbracht und Ew. Hochwohlgeboren Name für immer im Buche der Geschichte verzeichnet. Berlin, den 16. April 1848. Der Minister des Innern. (gez.) v. Auerswald.

Weiterhin heißt es: Am 17. April erstattete der Königliche Kommissarius dem Minister des Innern einen wahrhaft siegesfreudigen Bericht über die von ihm bewirkte Ausleerung des 4000 Mann starken Lagers von Xions am 16ten April und des noch stärkeren von Pleschen am 17ten. Hieran knüpft der General mehrfache Klagen über seine Landsleute und benachrichtigt den Minister von einer durch ihn bereits am 10. April getroffenen Einrichtung, welche darin besteht, daß derselbe neben den Landräthen ein neues Institut von Kreis-Kommissarien eingeführt.

Diese, als permanente Repräsentanten der Kreisstädte, sollten, von dem General v. Willisen ernannt und mit einer von ihm entworfenen Instruktion versehen, zugleich mit den Landräthen, welche meistentheils ihrer Autorität beraubt wären, Polnischer Seits das Regiment vorläufig theilen.

Diese Einrichtung würde den vollen Beifall der Bevölkerung erhalten haben, wenn nicht bei der Ausführung dieser Maßregel unglücklicherweise Conflikte herbeigeführt wären und die beklagenswerthe Spannung erhöht hätten, welche schon zwischen dem General v. Willisen und der deutschen Bevölkerung entstanden war.

Es folgt nun eine Mittheilung über das von Willisen eingesetzte Institut der Polnischen Kreis-Kommissaren und der dadurch herbeigeführten Konflikte. Einen letzten Bericht an den Minister des Innern erstattete v. Willisen d. d. Berlin den 21. April, „worin er die Pacifikation der Provinz als vollendete Thatsache darstellte."

Im Ministerium fanden jetzt die bezüglichen Konferenzen über Demarkation und Reorganisation statt, zu denen Willisen zugezogen wurde.

(Fortsetzung folgt.)

Posen, den 6. Juli. In der gestrigen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten wurden zunächst die für das Triennium vom 1. Juli 1848 bis dahin 1851 gewählten acht neuen Mitglieder des Kollegiums durch den bisherigen Vorsteher, Herrn Kanzlei-Rath Knorr, eingeführt. Darauf wurden zur Wahl des Vorstehers und des Sekretairs für das nächste Jahr geschritten: zum Vorsteher wurde wieder erwählt Hr. Kanzl.-Rth. Knorr, und ebenso zu dessen Stellvertreter Hr. Prof. Müller; zum Sekretair Hr. Pol.-Rth. Hirsch, und zu dessen Stellvertreter Hr. Kaufm. Mamroth. Die Anträge mehrerer Bürger aus Frankfurt a. O., so wie eines hiesigen Bürgers, bezüglich eines dreijährigen Moratoriums für einzelne, genauer bezeichnete Kategorien von Hypothekenschulden, welche hierauf zur Diskussion kamen, fanden von allen Seiten Widerspruch, wurden indessen einer Kommission, den Hrn. Stadtv. Bielefeld, Pilaski und v. Crousaz zur nähern Beleuchtung überwiesen. — Das Gesuch des Herrn Kleemann die Kassation der Traufe und Luken in seinem, an den Kämmereihof stoßenden Speicher noch ein Jahr verschieben zu dürfen, wurde einstimmig abgelehnt. — Die zur Berichterstattung über die Herstellung des Brunnens im Theresienkloster ernannte Commission erklärte den betreffenden Bau für nothwendig und den Anschlag für nicht zu hoch. Die Versammlung beschloß daher den Bau, jedoch auf Rechnung. — Die Bitte der Mitglieder des hiesigen Theaters, sechs Vorstellungen ohne Hausmiethe geben zu dürfen, wurde bewilligt. — Der vom Magistrat befürwortete Bau einer Küche in der Wohnung des Stadtinspektors wurde einer Commission, den Herren Wendland und Küster, zur Begutachtung überwiesen. — Zum Stellvertreter eines Deputirten zur Revision des Gr.ndsteuerkatasters wurde der Stadtv. Hr. Behr ernannt. — Zum Deputirten bei der Serviskommission wurde aus dem Gremium der Stadtverordneten Hr. Körber, und zu zwei Mitgliedern derselben aus der Bürgerschaft die Bürger Herren Kolbe, von Schreeb und Fliege erwählt. — Darauf wurden 6 Konsense zu Verkäufen genehmigt. — Zur Revision der Gebühren- und Sportelkassen-Rechnung wurden die Herren Stadtv. von Crousaz und Jonas ernannt. — Der vom Magistrat unterstützte Antrag des Kommunalsteuer-Erhebers Herrn Gerrold um eine Gehaltszulage von 100 Thlr. wurde in soweit genehmigt, daß Hrn. Gerrold vom 1. Juli d. J. ab eine Zulage von 50 Thlr. bewilligt ward. — Auf den Antrag dreier Exekutoren um eine Gratifikation und künftige Fixirung wurde dem Einen eine Remuneration von 25 Thlr., den beiden Andern eine von je 20 Thlr. bewilligt, die Gehaltsfixirung jedoch bis zur Feststellung des neuen Etats ausgesetzt. — Sodann wurde eine Abschiedsadresse des seitherigen hiesigen Kommandirenden Generals, Hrn. von Colomb, Excellenz verlesen. — Auf den Antrag des Magistrats wurde die Kündigung einiger Kapitalien verschoben, um dadurch die Summe von 1500 Thlr. für den diesjährigen Etat zu sparen. — Schließlich wurde die Petition an das Staatsministerium um baldige Errichtung einer Realschule vollzogen.

†† Posen, den 5. Juli. Sämmtliche im Verlaufe der jüngsten Unruhen eingezogenen Theilnehmer der Insurrektion sind bis auf Hrn. Krauthofer, von dem dies wenigstens nicht mit Gewißheit angegeben werden kann, der Haft entlassen. So sind unter Andern Stefański, Lipinski, der Geistliche Koszutski und Andere hier auf freien Füßen.

✻ Posen, den 5. Juli. Die Heidelberger Deutsche Zeitung bringt vom diesjährigen 1. Juli, dem Jahrestage ihrer Gründung, folgenden beachtenswerthen Artikel:

Als wir heute vor einem Jahre dies Blatt zum ersten Male in die Welt sandten, da konnten wir kaum ahnen, durch welch bewegte und verhängnißvolle Zeiten seine Jugend sich durchzudringen hätte. Es war das die Zeit, wo wir beengt von Censur und Polizei, gegen Jesuitismus und Sonderbund, gegen Guizot und Metternich, gegen den modernen Absolutismus, gegen die Ausnahmsgesetze des Bundes und gegen die monarchische Romantik den unerquicklichen Kampf durchzufechten hatten. Die Zeit ist rascher gegangen, als wir es hoffen durften; wir haben Jesuiten, Sonderbund, Louis Philipp, Metternich, die „historische" Schule und den alten Bundestag untergehen sehen, ja die Lage der Dinge ist von dem ungeheuren Ruck der letzten Zeiten so verschoben worden, daß wir nach der Linken schon vertheidigen mußten, was man von der Rechten als zu kühne Forderung verwarf, daß wir für die „konstitutionelle Monarchie mit allen Konsequenzen", für die wir damals wie heute fochten, jetzt ebensoviel Schimpf von der einen wie damals von der andern Seite zu ertragen haben. Was damals als „Radikalismus" verzollt ward, kursirt jetzt unter der Etikette „Reaktion"; hätte man uns damals gern durch Censur und Verbot erdrückt, so möchte man heute gern durch Terrorismus und Lynchjustiz die todte Censur ersetzen. Und doch sind wir auch heute noch, was wir gestern waren und die Wiederkehr der Reaktion wird uns zum Kampf gerüstet finden, wenn auch nur mit dem bescheidenen Maß von Kräften, womit wir sie bisher bekämpften, mochte sie von Oben kommen oder von Unten.

Was in diesem unermeßlichen Umschwung der Verhältnisse am Meisten in die Augen fällt, sind die Dinge in Deutschland. Wir haben seit gestern eine Centralgewalt, ein Reichsoberhaupt, hoffentlich bald ein Reichsministerium — mit einem Worte die faktischen Grundlagen zu einem neuen Bundesstaate. Wir haben im Innern die Anfänge zu einer Einheit, einer wirklichen Gewalt, wir haben nach Außen den Ausgangs- und Vereinigungspunkt einer großen Politik, deren Entwöhnung uns so angeboren und anerzogen war, daß wir an der Möglichkeit ihres Daseins verzweifelten. Das feudale Kaiserthum in seiner letzten Zeit, die Staatsweisheit der Diplomaten seit Karlsbad und Wien hat uns das nicht geben können, was wir jetzt mit einem einzigen raschen Schritte erreicht sehen; wir haben Stoff und Gelegenheit vor uns, ein großes politisches Volk zu werden, möchten wir diese Gelegenheit nicht ungenützt lassen, nicht abergläubisch auf neue Anlässe warten, denn hier gilt mehr als je das alte Wort: Hilf Dir selbst, so wird Dir Gott helfen.

Die Bedeutung dieser neuen Wendung der Dinge, der Blick auf alles das, was im Innern und nach Außen aus dieser jungen Gewalt uns erwachsen mag, ist so umfassend, daß man gern einen Augenblick seine persönlichen Meinungen zurückdrängt, um sich ganz dem ungetheilten Eindruck der Dinge hinzugeben, die noch vor Jahresfrist — wenn auch in unbestimmten Umrissen — das Ziel unserer Hoffuungen wie unserer Wünsche waren. Auch wir haben in diesen Spalten in einzelnen und nicht unwesentlichen Punkten eine andere Ansicht verfochten und werden sie auch fortan verfechten, da sie nicht in persönlichen und lokalen Zufälligkeiten wurzelte, sondern in Grundsätzen; auch wir haben dem Unmuth nicht selten Luft gemacht, wenn wir die unklaren Umwege betrachteten, durch die man uns zum Rechten und Nothwendigen führen wollte, wenn wir der polirischen Halbheit und Muthlosigkeit, dem Mangel an Grundsatz und klarer Einsicht, dem Buhlen und Höfeln nach Unten wie einst nach Oben die verdiente Gerechtigkeit widerfahren ließen. Aber vor dem überwältigenden Eindruck, daß uns nun ein Weg gebahnt wird, die alte Zeit im Großen und Ganzen zu überwinden, bescheidet sich gern die individuelle Ansicht, die augenblickliche Verstimmung, auch wenn sie in ihrem vollen Rechte, auch wenn sie fest entschlossen ist, dies Recht nicht preiszugeben. Die persönliche Rechthaberei und Eifersüchtelei

der Parteien mußte, wenn sie den Augenblick überhaupt zu erfassen fähig war, hier Opfer bringen; sie mußte vor dem unzweifelhaften Willen der Nation ihre Wünsche wenigstens vertagen und zu dem Werk den Segen sprechen helfen, das ohne sie doch gegründet ward, das mit ihr nur gegründet auf sie selbst einen Theil des Ruhmes vererbte, an diesem Bau des jungen Deutschlands mit Taufzeuge gewesen zu sein.

Die Nationalversammlung hat den Erzherzog Johann von Oesterreich an die Spitze der Reichsgewalt gestellt. Sie hat damit, soweit wir sehen, der Dynastie und der Politik des Hauses, dem der Erzherzog angehört, keine Huldigung darbringen wollen. Nicht weil der Erzherzog dem Hause Habsburg-Lothringen angehört, sondern trotzdem, das er ihm zugehört, sind Hunderte von Stimmen auf ihn gefallen. Man hat sich gern auf den Mann vereinigt, der schon vor mehr als einem Menschenalter die Deutschen Waffen mit Ehren trug, der ein lebendiger Gegensatz war zu der Spanischen und Jesuitischen Politik seiner Vorfahren und Verwandten, der dem Volke näher stand als einer Kamarilla, den die Metternich'sche Politik gern bei Seite drängte, der jetzt nach dem jammervollen Ausgang jener Politik eben um dieses Beiseitedrängens willen einen Ehrenplatz einnimmt, wie er im Schema der Metternich'schen Staatskunst auch nicht einmal als möglich und denkbar galt. Möge dies dem neuen Reichsverweser recht vor Augen schweben, daß, wie unsere ganze jüngste Entwickelung eine Protestation gegen die Habsburgischen Ueberlieferungen war, so auch seine Wahl nur ein unzweideutiges Votum gegen die Politik seines Hauses und seiner Verwandten war. Aber auch für uns gibt es Mancherlei zu lernen und zu üben.

Es ist ein eigenthümlicher Anblick, den Gegensatz zu sehen, der die fast in derselben Stunde neubegründete Centralgewalt in Frankreich und in Deutschland scheidet. Wo es dort der schmerzlichsten Erfahrungen, ja eines blutigen Bürgerkampfes bedurfte, um von dem politischen Versuch einer unfähigen und unfruchtbaren fünfköpfigen Gewalt zu einer einzigen zu gelangen, da gelangten wir durch die Gunst der Umstände, nicht immer durch eigenes Verdienst zu einem friedlichen und ruhig anerkannten Ziele; während dort aus dem wilden Barrikadenkampfe sich die neue, fast monarchische Centralgewalt bildete, hat das bei uns eine friedliche, acht Tage lang mit aller Gründlichkeit geführte Debatte zu Stande gebracht. Rühmen wir aber nicht als eigenes Verdienst, was uns die Gunst der Umstände so in den Schooß warf; lernen wir vielmehr von dem Nachbarvolke, uns in ähnlichen noch unerlebten Krisen zu benehmen. Sowie dort drüben gegen Anarchie und brutale Gewalt alle Parteien einstimmig sich waffneten zum blutigen, hartnäckigen Kampfe, sowie sie einträchtig einstanden, das Errungene zu wahren und zu vertheidigen, sowie sie dort der neuen Gewalt sich fügten, weil die Repräsentation des Volkes sie geschaffen, so sollten auch wir es lernen, die Einigkeit gegen den gemeinsamen Feind, den begeisterten Eifer für das mühsam Errungene uns zu wahren und dieselbe Bürgertugend da praktisch zu zeigen, wo der Brite und Franzose bereitwillig der Gewalt sich fügt, die von der Nation eingesetzt ist. Die alten Untugenden, die uns ankleben, müssen wir erst zu überwinden suchen, die alten Mängel des Eigensinns, der Uneinigkeit, der individuellen Willkühr erst selber ablegen, ehe wir vom Regimente die goldene Aera erwarten. Wir setzen Alle die Forderungen der Unbefangenheit, des Sinns für Recht und Freiheit, der Ueberlegenheit über persönliche und lokale Vorurtheile dem Regimente als Bedingung; setzen wir sie uns selber und es kann der neuen Gewalt nicht allzuschwer werden, da neu aufzubauen, wo seit Jahrhunderten der Boden überwachsen, die Fundamente verschüttet waren.

* Berlin, den 2. Juli. Durch den Wechsel des Ministeriums hat die Nationalversammlung in ihren inneren Verhältnissen schon einige Veränderungen erfahren und wird dergleichen wahrscheinlich noch mehrere erleben. Zur richtigen Beurtheilung des Ministeriums Camphausen, seiner Stellung in der Nationalversammlung, seiner Wirksamkeit auf dieselbe ist es von hoher Wichtigkeit, sich zu vergegenwärtigen, aus welchen Bestandtheilen die Nationalversammlung zusammengesetzt war, welchen Lebensgebieten die einzelnen Mitglieder angehörten, wie weit sie innerlich oder äußerlich mit der Regierung zusammen hingen oder von vorne herein gänzlich unabhängig da standen.

Die Versammlung zählte 3 zum gegenwärtigen Cabinet gehörende Minister und 1 Titular-Staatsminister. Königliche Verwaltungsbeamte (höhere und niedere, Geheime Ober-Regierungsräthe, Landräthe, Distrikts-Kommissarien, Sekretäre u. dergl.) 35. Dazu noch Justizbeamte 78; so daß die in unmittelbarem Verhältniß zur Regierung stehenden, gewissermaßen Theile derselben bildenden Mitglieder der Versammlung auf 117 sich belaufen; hierzu kommen einige in nicht so unmittelbarem Verhältniß stehende Klassen, die aber doch noch unter ganz entschiedenem amtlichen Einfluß in Betreff der Beförderung, Versetzung, Gehaltserhöhung, Absetzung u. s. w. stehen, nehmlich a) Advokaten (Justiz-Kommissarien, Anwälte 2c.) 19; b) Lehrer (sowohl an Universitäten, als an Gymnasien, Bürger- und Volksschulen) 30; c) Geistliche (katholische wie evangelische) 49; d) Bürgermeister 16; e) Stadträthe (Rathsherren, Rathsmänner, Kämmerer 2c.) 4; endlich Aerzte, von denen mehrere Kreisphysici sind, 11., also zusammen 129, welche mit den vorher genannten 117 eine Summe von 246 bilden, also weit über die Hälfte der ganzen Versammlung.

Als ganz von der Regierung unabhängig zu betrachten sind a) die Kaufleute, deren Zahl 17 war. b) Apotheker 3. c) Gewerbtreibende, Fabrikanten 2c. 25. d) Stadtverordnete 3. e) Gastwirthe 3. f) Gutsbesitzer 25. g) kleine Landleute (Schulzen, Bauern, Büdner, Kossäthen, Häusler, Käthner, Kölner, Tagelöhner) 56. Da bei vielen Namen in den Listen der Versammlungsmitglieder keine nähere Bezeichnung des Standes angegeben ist, so kann die Zahl in einzelnen dieser Kategorien um einige Nummern steigen, die Gesammtsumme kann indeß doch nicht die Hälfte der ganzen Versammlung erreichen wegen der vorher berechneten Summe 246.

Es wäre übrigens durchaus ungerecht, wollte man den genannten 246, oder selbst nur den ersten 117 Unabhängigkeit der Gesinnung und Ansicht absprechen. Wir leben nicht in Frankreich, unsere Nationalversammlung ist keine Französische Deputirtenkammer, wie die durch und durch corrumpirte Kammer Guizot's war. Unter jenen 246 hat sich verhältnißmäßig mehr Unabhängigkeit der Gesinnung, mehr Opposition, namentlich aber mehr politische Durchbildung gezeigt, als in der anderen Hälfte der Versammlung.

Interessant ist übrigens das Verhältniß, in welchem die einzelnen Lebenszweige, Stände und Thätigkeiten vertreten sind. Adlige sind im Ganzen nur 27, dagegen der vorige Landtag! Justizbeamte 78, Landleute 56, Geistliche 49, Regierungsbeamte 35, Lehrer 30, Gutsbesitzer 25, Gewerbtreibende 25, Advokaten 19.

□ Berlin, den 4. Juli Das Interregnum (so wird vielleicht der künftige Reichshistoriker die verflossenen zweiundvierzig Jahre bezeichnen) ist zu Ende, ein provisorischer Kaiser unter dem Namen eines Reichsverwesers ist erwählt, Deutschlands Hoffnungen stützen sich auf die Schulter dieses fast siebzigjährigen Mannes. Wir bekennen uns nicht zu der Ansicht, daß sie dort am Main ein Possenspiel aufgeführt, eine „Gliederpuppe" den Deutschen zum Oberhaupt gesetzt und mit den Glocken geläutet haben bei der Geburt eines Popanzes. Wie umhegt auch die Herrschgewalt des neuen Kaisers sein wird, innerhalb ihrer Schranken bleibt Raum genug zur Entfaltung einer großen, dem Vaterlande heilsamen oder verderblichen Thätigkeit, je nachdem Wille und Fähigkeit dem Machtinhaber beiwohnen oder mangeln wird. Unverhehlbar freilich ist seine schwierige, dreifach verwickelte Stellung zu den deutschen Herrschern, die, so lange sie Menschen bleiben, mit Eifersucht über ihre Regierungsrechte wachen werden, zu den deutschen Völkern, deren durch Lage und Geschichte erzeugten Individualitäten gegen eine uniformirende Centralisation sich sträuben müssen, und zu dem deutschen Parlament, das, wenngleich desselben Zieles mit dem Reichsführer, die Einigung Deutschlands herbeizuführen und zu bethätigen, ihm doch nicht selten das Opfer persönlicher Ueberzeugungen aufzulegen, sich bewogen fühlen wird. Welch einen Mann erfordert die schwere Aufgabe, das ersehnte Ziel trotz der von drei Seiten drohenden Collisionen, oder vielmehr ohne sie, zu erreichen. Vor Allem aber, soll der neue Gebieter seiner Pflicht: „die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates zu begründen, genügen, scheint er im gegenwärtigen Augenblick dazu berufen, die Regierungsgewalten der einzelnen deutschen Staaten nicht zu paralysiren, sondern eben zu unterstützen und gründlich zu kräftigen, damit sie die aller Herrschaft trotzbietenden, aller Wohlfahrt und Sicherheit feindlichen Bestrebungen der anarchischen Partei zu überwinden, in Stand gesetzt würden. Hoffen wir bei aller Schwierigkeit einen Sieg!

Scheinen auch die Feinde des Gesetzes, vielleicht im ersten Schrecken über den für sie trostlosen Ausgang der Pariser Blutscenen, für eine Weile das Schwerdt in die Scheide gesteckt zu haben, sie werden bald wieder, und um so verzweifelter auf den Kampfplatz treten, und die momentane Waffenruhe hat höchst wahrscheinlich nur die Bedeutung einer heimlichen Rüstung. Schon heute lesen wir wieder an den Straßenecken aufrührerische Plakate, in denen ungeachtet der eben in Frankreich erlittenen Niederlage der endliche Sieg des „Volkes" mit Emphase vorausgesagt wird. Merkwürdig ist auch die Aeußerung, die eine Frau des niedrigsten Standes gestern auf der Straße gemacht hat: „Wir sind zwar in Paris geschlagen worden, geben aber doch unsere Hoffnung nicht auf." Es ist damit ein gar nicht gefahrloses Bewußtsein von einer Gemeinsamkeit und Zusammengehörigkeit des durch die Nationalitäten nicht geschiedenen Proletariats den übrigen Ständen der menschlichen Gesellschaft gegenüber deutlich ausgesprochen. — Im Uebrigen versäumt die radikale Partei keine Gelegenheit, einzelne Vortheile mit den gewohnten Mitteln der Intrigue und Verlästerung zu erringen. So hieß neulich in einem anonymen Maueranschlag, der provisorische Bürgerwehr-Kommandeur Rimpler habe vor mehreren Mitgliedern des 91. Wehrbezirks ausgesprochen: „Wenn Jemand auf die Bürgerwehr schießt, so begeht er einen Mord, schießt aber die Burgerwehr auf das Volk, so handelt sie im Interesse des Gesetzes." „Und solch ein Menn," lautete die Nutzanwendung, „soll befähigt sein, uns vor einem Zusammenstoß, wie er in Paris vorgekommen ist, zu bewahren?" Man wird das Wesen dieser Machination leicht begreifen, wenn man sich aus meinem vorgestrigen Berichte erinnern wird, daß nur Held und Rimpler die beiden Candidaten für die definitive Besetzung der Bürgergeneralstelle waren. Die Zusammenberufung und Befragung des eben erwähnten 91. Bezirks hat übrigens, wie ein neuer Anschlag darthut, ergeben, daß jene Insinuation durchaus auf Lügen beruht hat. Neuerdings sollen sich auch wieder mehrere Candidaten zu jenem Amte gemeldet und Herr v. Minutoli die meisten Aussichten gewonnen haben. — Rodbertus ist aus dem Ministerium zurückgetreten und saß heute bereits unter den Deputirten des linken Centrums.

Breslau, den 1. Juli. Durch gütige Mittheilung erfahren wir so eben zuverlässige Details über das angebliche russische Grenzheer, welches sich sogar nach der Erklärung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in der Adreß-Kommission, auf 300,000 Mann belaufen soll. Der Minister hat über die Gesinnungen des Czaaren gegen Deutschland und insbesondere gegen Preußen, die allgemeine Stimmung einigermaßen zu beruhigen gewußt. Unser Berichterstatter, seit Jahren mit vielen höheren russischen Stabsoffizieren eng befreundet, kehrt so eben, nach längerem Aufenthalte daselbst, aus Warschau zurück und giebt Nachstehendes in der erwähnten Frage an: Die gesammte Heeresmacht, welche Rußland überhaupt gegenwärtig mobil zu machen und ins Feld zu stellen vermag, beläuft sich auf höchstens 600,000 Mann. Die mehrfach laut gewordene Be-

hauptung, als sei Rußland nicht im Besitze von tüchtigem Kriegsmaterial, ist falsch. Uniformirung, Waffen, Pferde und Rüstzeug sind vortrefflich im Stande, Mundvorräthe sind in Masse vorhanden, die Unterhaltung der Truppen kostet im Verhältniß viel weniger, als bei uns, und der Schatz des Kaisers ist bekanntlich noch längst nicht erschöpft. Die Rüstungen im ganzen Reiche gehen kräftig vorwärts, allein es ist unrichtig, wenn von der Aufstellung von 300,000 Mann im Königreiche die Rede ist. In ganz Russisch-Polen stehen vielmehr gegenwärtig nur zwei Armeekorps aus je 50,000 Mann, also im Ganzen 100,000 Mann. Warschau ist zwar sehr stark armirt, doch nur von höchstens 1200 Mann besetzt. Gegen die schlesische Grenze hin ist ein einziges Bataillon vorgeschoben, und ein nur eben so geringes Korps gegen die Krakauer Grenze. Gegen Posen zu, die Grenze entlang, sind höchstens 25,000 Mann logirt.

Dies ist also die bedrohliche Macht, von der man hier träumt. Allerdings rücken aber fast täglich Verstärkungen nach, und es wird bis Ende September d. J. im Königreiche die auch vom Ministerio behauptete Heeresmacht von 300,000 Mann schlagfertig versammelt sein. Im Königreiche bedarf es zwar nur eines Funkens, um die Polnische Bevölkerung zu wecken, jetzt ist aber dort, so wie auch in Galizien Grabesruhe, da ein Aufstand fruchtlos sein würde. Eine Fabel war daher auch die von den Blättern verbreitete angebliche Verschwörung in Warschau, so wie die angeblich stattgefundene Vernagelung aller Geschütze auf der dortigen Citadelle. Die Absicht des Kaisers in Beziehung auf die Aufgabe für diese Armee ist selbst den höchstgestellten Militairs Geheimniß. Darf man Vermuthungen trauen, so ist keineswegs die Absicht irgend welcher Invasion Grund zu so gewaltigen Anstrengungen, vielmehr scheint die Besorgniß vor einer Deutschen Invasion nach Rußland den gewaltigen Koloß geweckt zu haben. Aber selbst für den Fall einer beabsichtigten Offensive ist jene Armee der 600,000 wohlgerüsteten und geübten Truppen nicht zu fürchten, denn mindestens 100,000 Mann müssen im Königreiche bleiben, eben so viel endlich im Innern des Reiches, soll dieses nicht durch innere oder jenseits der Grenzen lauernde Feinde aufs Aeußerste gefährdet werden. Somit bleiben zu einer Invasion höchstens 200,000 Mann verfügbar, allerdings eine ansehnliche Macht, die indeß zu einer Bewältigung auch nur eines Theiles von Deutschland sicher nicht ausreichen würde. (Schl. Z.)

+ **Frankfurt**, den 2. Juli. Es hat sich hier kein gutes Urtheil über die Berliner National-Versammlung gebildet, und schon fängt man an ihr die Befähigung zur Bildung der Verfassung zu bestreiten. Dazu gesellt sich die trübe Aussicht, als dürfte das gegenwärtige Ministerium noch weniger von Dauer sein als das frühere. Was die Frankfurter Versammlung anbetrifft, so glaube ich, hat sie sich im Laufe der Zeit bewährt, und man darf sich nicht mehr durch die Redensarten einiger Schreier, die sich überall bei den Verhandlungen in den Vordergrund drängen, und deren Namen vorzugsweise häufig genannt werden, an dem Geiste der Versammlung irre machen lassen, wie man überhaudt aus den wiederholt hier vorgekommenen, höchst perfiden Angriffen gegen Preußen im Geringsten nicht auf die Versammlung schließen kann. Es genügt wohl hinreichend, auf das Namensverzeichniß der Mitglieder der Nationalversammlung zu verweisen, um damit den Beweis zu liefern, daß eine solche Versammlung nicht fähig ist, sich in ihrer Majorität durch eine Animosität gegen Preußen beherrschen zu lassen. Die Zeit der Angriffe gegen Preußen ist übrigens, wie ich wahrzunehmen glaube, jetzt vorüber. Leute wie Zitz und Blum haben sich durch diese Angriffe selbst am meisten geschadet, und würden vielleicht in diesem Augenblicke viel darum geben, wenn sie das Geschehene ungeschehen machen könnten. Ihr Credit ist gerade durch die gegen Preußen gerichteten unwürdigen Angriffe am meisten geschmälert worden. Die Glaubwürdigkeit der Herren Blum und Zitz ist jetzt ein Gegenstand des Spotts, und namentlich hat Herr Zitz noch vor wenigen Tagen eine sehr tragische Erfahrung in dieser Beziehung gemacht. Günstiger für Preußen als Alles andere hat seine hochherzige Resignation bei der Wahl des Reichsverwesers gewirkt. Damit ist eine große Summe von Mißtrauen und Mißgunst ausgetilgt, und sicher wird die Zeit kommen, wo Preußen die Früchte seines echt Deutschen Verhaltens erndten wird.

Eine der bedeutendsten Capazitäten ist Herr v. Radowitz. Wären die Antecedentien dieses Mannes nicht, er würde Außerordentliches wirken können; so aber knüpft man an seinen Namen mitunter den Gedanken der Reaktion. Ein Sonderinteresse kann hier gar nicht aufkommen. Man will in der National-Versammlung vor allen Dingen deutsch und nur deutsch sein; die Vertretung der Sonderinteressen, insoweit dieselbe überhaupt statthaft erscheint, ist Sache der Regierungen. Man macht sich außerhalb ein ganz falsches Bild von der National-Versammlung, wenn man glaubt, daß hier eine Sonderung nach Landsmannschaften stattfinde. Davon ist gar keine Rede. Es sondern sich nur die politischen Parteien ohne alle Rücksicht auf die Landsmannschaft der Abgeordneten, und wenn die Letztere in Betracht kommt, so ist dies nur ganz nebenbei aus Rücksicht auf spezielle Fragen und in keiner prinzipiellen Bedeutung. Dieser Geist der Versammlung ist offenbar der richtige, und tief wäre es zu beklagen, wenn je ein anderer einkehren sollte. — Die Partei des Centrums hat sich nun endlich zu einer festen Organisation entschlossen, und wird hoffentlich fortan einen entschiedenern Einfluß als bisher auf den Gang der parlamentarischen Verhandlungen üben. Es ist ein leitendes Comité gewählt, an dessen Spitze Bassermann, Matthy, Waitz, und mehrere andere bedeutende Namen stehn. Ueber die politische Richtung der Partei des Centrums haben Sie meinen früheren Bericht. Die Partei verfügt über wenigstens 200 Stimmen. Von morgen ab beginnt in der Nat.-Vers. die Diskussion über die Grundrechte des Deutschen Volks.

29. Sitzung der Deutschen National-Versammlung am 1. Juli. Die Sitzung wurde durch den Präsidenten von Gagern nach $9\frac{1}{4}$ Uhr Morgens eröffnet. Der Marine-Ausschuß legt ein zweites Verzeichniß namhafter Beiträge für den Flottenbau vor. Zachariä von Göttingen erstattet Namens des völkerrechtlichen Ausschusses Bericht über einen Antrag Scharre's aus Sachsen, daß die Berichte des gedachten Ausschusses zurückgelegt werden sollen, bis die provisorische Central-Gewalt ins Leben getreten sei. Ist damit die gesetzliche Festsetzung gemeint, so wäre der Antrag erledigt. Anderenfalls aber könnte nicht darauf eingegangen werden, da die National-Versammlung, wenn sie auch bei internationalen Fragen nicht stets die Initiative ergreifen will, doch die Hand sich nicht wird gänzlich binden können, in dringenden Fällen die Fragen zur Verhandlung und Entscheidung zu bringen. Dem Antrag des Berichterstatters, zur Tagesordnung überzugehen, trat die Versammlung bei. von Wydenbrugk erstattete Bericht über eine größere Anzahl von Anträgen bezüglich des Verhältnisses von Deutschland zu den auswärtigen Mächten, insbesondere zu Frankreich und Rußland. Der Berichterstatter spricht die Hoffnung aus, daß der Friede nicht werde gestört und, wo es noch der Fall sei, bald werde hergestellt werden. Hinsichtlich des Verhältnisses zu Rußland steht die Thatsache fest, daß an der Grenze Truppen-Anhäufungen stattgefunden haben. Welchen Werth auch die Versicherung Rußlands, daß es nur zum Schutz der Grenzen geschehen sei, haben mag, so fordert Klugheit und Politik, jenen Verstärkungen gleiche entgegenzusetzen. Dieses soll nach dem Ausschuß-Antrag von der National-Versammlung veranlaßt werden. Hinsichtlich der Stellung zu Frankreich, Nord-Amerika rc. findet es der Berichterstatter in der Natur der Sache gegründet, daß Deutschlands Sympathieen sich den freien Völkern zuwenden. Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß Frankreich und Deutschland in freundschaftlichen Beziehungen bleiben werden. Ob es gerathen ist, ein förmliches Bündniß abzuschließen, nach einer Richtung in ein bestimmtes Verhältniß zu treten, um sich damit vielleicht nach anderen Seiten zu isoliren, darüber kann die National-Versammlung nicht zweckmäßig die Initiative in die Hand nehmen. Der Antrag des Ausschusses lautet, bezüglich der Anträge auf Bündnisse zur Tages-Ordnung überzugehen und die Anerkennung der Französischen Republik und die Absendung eines Deutschen Gesandten bei der bevorstehenden Einsetzung der Central-Gewalt als sich von selbst verstehend zu erklären. v. Auerswald zeigt Namens des Ausschusses für Wehranstalten an, daß ein Bericht desselben dem Drucke übergeben worden sei. Das Gleiche ist der Fall mit einem Berichte des Central-Wahlausschusses bezüglich der Wahl in Konstanz (des Abg. Peter.) Vogt verzichtet hinsichtlich seiner Interpellation an den völkerrechtlichen Ausschuß (das Verhältniß zu Frankreich betreffend) auf das Wort, da es ihm durch den Wydenbrugkschen Bericht gegangen sei, wie der National-Versammlung mit dem Bundestag, welcher ersterer die Beschlüsse wegschnappt. Schuselka verlangt die Dringlichkeit eines Antrags, das Verhältniß zu Rußland betreffend, zu begründen, erhält jedoch durch Beschluß der Versammlung das Wort nicht. Arndt bringt eine ihm zugegangene Erklärung seiner Wähler, der Einwohner von Solingen, bezüglich der neulichen Ereignisse in Mainz, zur Sprache. Er bedauert, daß der Name Preuße in den letzten Monaten herabgerissen worden ist, und bittet, daß von solchen Bitterkeiten und Aufregungen, die nur zu großem Nachtheil führen könnten, abgegangen werde.

Prag, den 30. Juni. Die Stadt ist ruhig; bereits ziehen die Flüchtlinge einzelweise wieder ein und trotzdem, daß das ein wahres Kriegslager darbietende Prag in seinem Belagerungszustande nicht den heitersten Anblick gewährt, so halten doch viele denselben erträglicher, als den des Asiatischen Gepräges, das sie vor den Ereignissen trug. Der Schaden an den Gebäuden stellt sich mit Ausnahme des durch Zerstörung des Wasserthurmes und der Mühlen verursachten nur unbedeutend heraus. — Der Handel liegt erklärlich noch jetzt sehr darnieder. Das Wechsel-Moratorium hier ist mit Genehmigung des Justiz-Ministers bis auf den 3. Juli erweitert. — Heute sind die Wahlen für den Reichstag vom Präsidenten Thun ausgeschrieben worden. Böhmen hat 90 Deputirte zu schicken, von denen 4 auf Prag, 1 auf Reichenberg, 1 auf Eger, 1 auf Budweis und 83 auf das flache Land kommen.

Ulm, den 29. Juni. Unsere heutigen Blätter bringen Einzelheiten über das schreckliche Blutbad, welches die Reiter vorgestern Abend in einer wehrlosen Gesellschaft ruhiger Bürger angerichtet haben. Die Feder sträubt sich, sie nachzuschreiben. Man giebt die Zahl der arg Verwundeten auf 20 an. Gestern Abend wurde ein ohnehin gehaßter Polizeiobmann unter starker Bedeckung ins Kreisgefängniß abgeführt, weil der Verdacht vorliegt, daß er die Reiter, größtentheils Unteroffiziere, zu den Gräuelscenen aufgestachelt habe. Leider mehren sich die Indicien, daß mehre Offiziere nicht unbetheiligt an jenen Rohheiten sind, von Stunde zu Stunde. Gegen 10 Uhr Abends wurde wiederholt „Bürger heraus!“ gerufen, weil sich das Gerücht verbreitete, die Reiter hätten ein mit Stroh und Heu gefülltes, an ihre Kaserne anstoßendes Nebengebäude in Brand gesteckt, um während des dabei entstehenden Tumultes entfliehen zu können. Das Gerücht war jedoch grundlos. Derselbe Ruf wiederholte sich um 11 Uhr, wo es hieß, die Reiter ständen gesattelt im Kasernenhofe, um die Nacht noch aus der Stadt

(Mit einer Beilage)

№ 155. **Beilage zur Posener Zeitung.** den 7. Juli 1848.

zu marschiren. Alsbald fing man an, in den der Kaserne nächsten Straßen Barrikaden zu errichten. Nur mit großer Mühe gelang es einigen angesehenen Männern, den Sturm dadurch zu legen, daß sie ihr Ehrenwort darauf gaben, die Soldaten würden die Kaserne nicht verlassen. Die Nacht verlief ruhig, doch wurde bis zum Morgen patrouillirt. Die Barrikaden sind verschwunden. Heute früh las man mehre Maueranschläge, unterzeichnet von dem Vicegouverneur der Bundesfestung v. Meisrimmel, dem Regierungsdirektor Schmalzigaug, dem Oberamtmann Friz, dem Stadtschultheiß Schuster, worin einestheils die Misbilligung der durch die Reiter verübten Excesse ausgesprochen, anderntheils aber dazu aufgefordert wird, die richterliche Entscheidung abzuwarten, und ebenso auch durch die ehrlose Handlung einzelner Wenigen das seit Jahren bestehende gute Einvernehmen zwischen Militair und Gouverneur nicht stören zu lassen. (D.A.Z.)

Dresden, den 3. Juli. (D. A. Z.) In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erhob sich nach Vortrag des Protokolls der Staats-Minister Dr. **Braun** zu folgender Ansprache an die Kammer: „Wenn auch nur für einen Augenblick, aber für einen Augenblick, der Epoche zu machen geeignet ist, erbitte ich mir Ihre Aufmerksamkeit. Was jüngst in Frankfurt beschlossen worden ist, das ist Ihnen bereits bekannt; es ist damit erst der Grund zur Einigung Deutschlands gelegt, zur Verwirklichung der großen Idee, welche vor kurzem noch als ein Traum erschien, wenn auch als ein Traum von den Besten der Nation geträumt. Sachsens edler Fürst zaudert nicht, den Beschlüssen der konstituirenden Versammlung seine Anerkennung zu ertheilen, der er, treu dem gegebenen Worte, bereit ist, die Rechte der Krone zu opfern, wo es gilt, die Einheit des großen Deutschen Vaterlandes zu erzielen. Seine Räthe sind beauftragt, dies der geehrten Kammer zu verkündigen und ihre Zustimmung darüber einholen. Indem ich das darauf bezügliche Dekret dem Herrn Präsidenten überreiche, bitte ich diesen, dieses Dekret der verehrten Kammer mitzutheilen. Die Kammer wird in ihrer Weisheit und in ihrem Streben, nach Kräften mitzuwirken zur Einheit, zur Stärke, zur Größe des Deutschen Vaterlandes, wissen, was sie zu beschließen, was sie darauf zu erklären hat."

Präsident **Rewitzer** nahm das betreffende Dekret aus der Hand des vorsitzenden Staats-Ministers entgegen und richtete, nachdem das Dekret durch den Sekretair Kasten vorgetragen worden war, folgende Worte an die Kammer: „Meine Herren! In dieser erhebenden Stunde diktire die Begeisterung für unser großes neuerstandenes Deutsche Vaterland unseren Beschluß. Ich schlage Ihnen daher vor, durch allgemeine Erhebung Ihre Beistimmung zu dem Königlichen Dekrete zu ertheilen. (Hier erhob sich die Kammer zum Zeichen ihrer Beistimmung bis auf die sechs Abg. Tzschirner, Helbig, Wehner, Müller aus Taura, Voigt und Evans.) Möge diese Stunde eine neue Aera für unser Vaterland sein; möge sie der Anfang einer besseren Zeit, möge sie der Anfang der Freiheit, der Stärke und des Friedens Deutschlands werden! Stimmen Sie mit mir in den Ruf ein: Das einige, freie, starke Deutsche Vaterland, es lebe hoch! (Ein stürmisches Hoch der Kammer und der Tribüne folgte hierauf.) Und mit herzlicher Freude knüpfe ich hier den Ruf an, in den jeder Sachse einstimmen wird: Unser allverehrter König, er lebe hoch! (Hier erfolgte ein dreimaliger Jubelruf, zu dem sich in der Kammer alle Mitglieder von ihren Plätzen erhoben und in den alle Tribünen auf das lebhafteste einstimmten.) Der Präsident schloß hierauf die heutige Sitzung, indem er bemerkte, wie er die Ueberzeugung habe, daß die Kammer nicht wünsche, nach einem solchen Entschlusse noch zu verhandeln.

Jena, den 1. Juli. Gestern feierte die Studentenschaft das 300jährige Jubileum der Universität, nachdem bereits am 19. März, dem eigentlichen Stiftungstage eine kirchliche Feier von Seiten der Docenten veranstaltet worden war. Da die Erhalter der Universität zu einer Festfeier keine Mittel bewilligt hatten, so begingen die Studenten das Fest auf eigne Kosten. Halle, Leipzig und Göttingen hatten Deputirte geschickt. Die eigentliche Feier bestand in einem großartigen Zuge, der sich durch die blumengeschmückten Straßen auf den Markt bewegte, wo von verschiedenen Studenten kernige zur Einigkeit mahnende Worte gesprochen wurden, die im Herzen eines jeden Anwesenden lauten Widerhall fanden. Den feierlichen Schluß des darauf folgenden großartigen Commerses machte der Landesvater.

Flensburg, den 1. Juli. (H. C.) General von Wrangel war am 28. v. M. mit dem größten Theile seiner Armee aus seinen Cantonnements zwischen Flensburg und Apenrade aufgebrochen, weil er vernommen hatte, die Dänen hätten sich in der starken Stellung bei Hadersleben verschanzt und gedächten dort eine Schlacht anzunehmen. Am 29. v. M. waren die Deutschen Truppen der feindlichen Stellung gegenüber; am 30. v. M. in aller Frühe gingen sie vor, um dieselbe anzugreifen, aber vergeblich, der Feind war während der Nacht abmarschirt und hatte hinter der Koldings-Au, auf Jütischem Grund und Boden, Schutz gesucht. Nur den Holsteinischen Jägern und einigen Abtheilungen Preußischer Husaren ist es gelungen, den im Rückzuge bewunderungswerth schnellen Feind einzuholen und ihm einige Gefangene abzunehmen. Die Jütische Grenze beabsichtigt der General von Wrangel nicht zu überschreiten, weil ihm bisher nur ein sehr geringer Theil der vom Deutschen Bunde verheißenen Unterstützungen zugegangen ist; dagegen aber wird er eine solche Vertheilung seiner Truppen vornehmen, daß dadurch das nördliche Schleswig gegen erneuerte Unternehmungen der Dänen geschützt sein dürfte.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 1. Juli. Von den Mitgliedern der frühern vollziehenden Kommission (Lamartine, Arago, Marie, Garnier Pagès und Ledru Rollin) ist keines in der neuen provisorischen Regierung. Marie ist gestern zum Präsidenten der National-Versammlung gewählt worden. Armand Marrast ist Maire von Paris geblieben. Cavaignac, der jetzige Präsident des Minister-Raths, hatte in dem Ministerium der vollziehenden Kommission zuletzt das Portefeuille des Krieges. Von den anderen Mitgliedern des vorigen Kabinets sind in dem neuen folgende verblieben: Bastide, Recurt, Bethmont und Carnot, und zwar haben die beiden Letzteren ihre Departements (Justiz und Unterricht) behalten, die beiden Ersteren aber ihre Stellen gewechselt, indem Bastide von den auswärtigen Angelegenheiten zur Marine, Recurt vom Innern zu den öffentlichen Arbeiten übergegangen. Ausgeschieden sind von den früheren Ministern: Duclerc, an dessen Stelle Goudchaux wieder die Finanzen erhalten hat, die er in der ersten provisorischen Regierung nach den Februartagen schon einmal verwaltete; Trelat, der das Portefeuille der öffentlichen Arbeiten hatte; Flocon, der in dem Departement des Handels und Ackerbaues durch Tourret ersetzt ist; und Admiral Casy, anstatt dessen Bastide nun Marine-Minister geworden. Neu eingetreten sind: für Letzteren als Minister des Auswärtigen der General Bedeau, dann General Lamoricière als Kriegsminister an Cavaignac's Stelle, ferner Senard, bisheriger Präsident der National-Versammlung, als Minister des Innern an Recurt's Stelle, endlich die beiden schon genannten Minister der Finanzen und des Handels, Goudchaux und Tourret. Das „Journal des Débats" sagt: „Wir haben über das Ministerium keine Ansicht ausgesprochen; wir warten seine Thaten ab. Wir fragen nicht darnach, ob Herr Bastide Seemann oder ob General Bedeau Diplomat gewesen; wir glauben nicht an die Nothwendigkeit spezieller Qualitäten. Dasselbe sagen wir hinsichtlich des neuen Ministers des Innern. Herr Senard hat uns eine Verwaltung versprochen, welche die Unordnung unterdrücken und die Ordnung wiederherstellen solle. Dies ist das erste Bedürfniß des Landes. Was wir verlangen, ist das, was man uns verspricht, nämlich eine Regierung, die sich Gehorsam und Achtung zu verschaffen und vor Allem Liebe zu gewinnen wisse. Was die Programme betrifft, so sind wir dagegen etwas abgestumpft. Möchten wir nicht abermals getäuscht werden. Wir wollen sehen, wir wollen abwarten."

— Die Stadt Troyes, nicht zufrieden, ihre Nationalgarde abgeschickt zu haben, um zur Erhaltung der Ordnung und zur Vertheidigung der durch Vereinigung aller ihrer inneren und äußeren Feinde bedrohten Republik mitzuwirken, hat auch mehrere mit Lebensmitteln beladene Fahrzeuge nach Paris gesandt, um zur Ernährung der jetzt in der Hauptstadt angehäuften seßhaften und mobilen Nationalgarden und Linientruppen beizutragen. Die patriotische Gabe der Stadt Troyes besteht in 60,000 Pfund Brod, 60,000 Pfund Schinken und anderen Eßwaaren und 10 Stückfaß Wein. Diese durch den Bürger Hermonowska, Abgeordneten der Stadt Troyes, nach Paris gebrachten Lebensmittel sind am Stadthause abgeladen worden und sollen unter die noch auf den Straßen, Plätzen und Boulevards bivouakirenden verschiedenen Corps vertheilt werden.

— Galignani's Messenger meldet: Im Ministerrath ist beschlossen worden, daß die Entwaffnung, welche jetzt in Paris vor sich geht, auf alle Städte Frankreichs ausgedehnt werden soll, in denen sich eine zahlreiche Arbeiter-Bevölkerung findet, und wo aufrührerische Kundgebungen stattgefunden haben." Man berechnet, daß schon 40,000 Flinten und 20,000 Säbel in Folge der Entwaffnung nach Vincennes abgeschickt worden sind. Alle diejenigen Gardisten, welche in den Tagen des Kampfes nicht unter den Waffen erschienen sind, sollen als unwürdig, ein Gewehr zu tragen, in den Compagnie-Listen gestrichen werden.

Paris, den 1. Juli. Die Unerschrockenheit **Victor Hugo's** wird allgemein gerühmt. Mehr als einmal ging er im heftigsten Kugelregen an die Barrikaden, um die Insurgenten zum Niederlegen der Waffen zu bewegen. Er ist nicht verwundet.

Großbritannien und Irland.

London, den 30 Juni. In der gestrigen Unterhaussitzung wurde das Amendement des Sir J. **Pakington**, das eine Erhöhung des Differenzialzolles für Colonialzucker auf 15 Schilling beantragt, mit einer ministeriellen Mehrheit von 15 Stimmen verworfen, so daß die Fortdauer des Russelschen Kabinets gesichert erscheint.

— Nach einer amtlichen Mittheilung hat die Regierung von Venezuela, in welchem Staate bedeutende innere Unruhen herrschen, den Hafen Marakaibo und die umliegende Küste in Blokadezustand erklärt.

Schweiz.

Nach dem „Berner Intelligenzblatt" und dem „Erzähler" beabsichtigen die in der Schweiz angesessenen republikanischen Deutschen etwas Wichtiges auszuführen, wahrscheinlich einen neuen republikanischen Kriegszug.

Moldau und Walachei.

Nach den neuesten aus **Bukarest** und **Jassy** an das Ministerium des Aeußeren in **Wien** eingelangten Berichten der K. K. Agentien ist am 22. v. M. in der **Wallachei** eine **Volksbewegung** ausgebrochen, welcher sich auch der Hospodar, Fürst **Bibesko**, anschloß und welche die Erlangung größerer Freiheiten unter einer neuen Verfassung und die Befreiung von fremdem Einfluß, jedoch mit Anerkennung der Türkischen Oberherrlichkeit, zum Zweck hatte. Der als **außerordentlicher Kommissair Rußlands**, vermöge dessen traktatmäßigen Protektorates über die Fürstenthümer zu Bukarest verweilende **General Duhamel** verließ hierauf besagte Stadt und veranlaßte nach dem Bericht aus Jassy vom 26. den Einmarsch der zu Leova am Pruth koncentrirten Russischen Truppen, deren Stärke auf 25,000 Mann an Kavallerie und Infanterie angegeben wird, über die Moldauische Grenze, von welchen Truppen-Korps ein Theil in der Moldau zu verbleiben hat und schon an demselben Abend zu Jassy erwartet wurde, der andere aber nach der Wallachei bestimmt ist. Auch der in Jassy befindliche Türkische Kommissair, **Talat Efendi**, hat alsbald an seine Regierung geschrieben,

damit sie den schleunigen Einmarsch Türkischer Truppen in die Fürstenthümer anordnen möge.

Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Posen, den 2. Juli. (Deutsche Kraft und politische Bildung in Posen.) Das Organ des sog. Deutschen Central-Comités, die „Zeitung für das Großherzogthum Posen", die sich jetzt unter Hinweglassung des Großherzoglich Posenschen Wappens — o Jammer! nun besteht das Großherzogthum Posen de facto nicht mehr — in eine „Posener Zeitung" umgetauft, hatte schon in früheren Zeiten einmal in wahrhaft herzerhebender Weise über eine Parade des hiesigen Deutsch-Jüdischen Freicorps gesprochen. Vorzüglich hatte sie sich über das Spielzeug, die „geschmackvolle" Fahne gefreut, „welche dem Corps zum ersten Male vorangetragen wurde." „Die Feier — meint die Zeitung — war uns ein neues Zeichen des männlichen und kräftigen Geistes, der unsre „Deutsche" Jugend beseelt, befestigte in uns die Zuversicht, daß jeder Feind, möge er nahen, von welcher Seite es auch sei, eines nachdrücklichen Widerstandes gewärtig sein könne." Abgesehen von dem antidiluvianischen Styl, erinnern wir uns unwillkürlich an den „männlichen und kräftigen Geist," welcher die hiesigen „Deutschen", alt und jung, in den ersten Tagen nach dem 20. März beseelt. — In einem anderen Blatte beschreibt die Zeitung eine Parade der hiesigen Deutsch-Jüdischen Bürgerwehr. Die Haltung — — — Am meisten begeistert ist sie für die Mützen der Wehrmänner. Auf diesen erblickt man, neben anderen Verzierungen, die Preußische und Deutsche National-Cocarde und — — (hört und staunet) das Posener Wappen — natürlich ein Deutsches Wappen — denn Posen ist*) und bleibt, was es immer gewesen — eine Deutsche Stadt. O Ruge, wie hast Du vor einigen Jahren Recht gehabt! Der hiesigen „Deutschen" Bürgerwehr fehlt nichts weiter als — Uniformirung.

Tante Voß ist Gegenstand der Verehrung und Anbetung für das liebenswürdige Organ des liebenswürdigsten aller Comités. Dies Organ sagt an einer Stelle in einem langgedehnten, nichts sagenden Artikel: „Die Vossische Zeitung bedauert neulich, daß die Posensche Presse Deutscher und Polnischer Seits die Thatsachen zu grell zeichne, und frägt, von welcher Seite zuerst Mäßigung zu erwarten sei. Wir beantworten in Anerkennung der **Aufrichtigkeit** und der **Wahrheitsliebe** des genannten Organs die Frage gern, indem wir auf **unser** Blatt hinweisen und uns nachzuweisen bitten, ob wir den Vorwurf irgend verdienen." Die Anerkennung ist in der That sehr edel und aufrichtig, gewiß aber einzig. — Eben solche Anerkennung findet die Neue Berliner Zeitung. Die Vossische und die Neue sind die beiden wichtigen Organe, an denen sich unser Jung- und Neudeutschland politisch heranbildet! Was fehlt uns da noch Alles, ehe wir die geistige Kraft und politische Bildung erreichen, deren sich unsere hiesige Deutschen und Jüdischen Brüder bereits mit einem gewissen Stolz zu erfreuen haben! Wenn wir erst so weit gekommen sind, dann können wir mit Herrn Wendt junior ein finis Poloniae krähen.

(*) Um dies recht anschaulich zu machen, bummeln ab und zu Gesellschaften von „männlichen und kräftigen" Jungdeutschen auf der Promenade herum und singen: „Schleswig Holstein stammverwandt" und abwechselnd „ich bin ein Preuße" mit großer Begeisterung.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Dem sich anscheinend seines Namens ebenfalls schämenden, von Begriffen etwas schwerfälligen Theaterfreunde muß ich schon erwidern, daß es nicht 5¼, sondern schon über 5½ Uhr war, als ich am 2ten d. M. Theaterbillets von Herrn Vogt holte, und daß ich vor seiner Wohnung mehreren Personen begegnete, die mit Theaterbillets in der Hand aus derselben kamen!

Alle 40,000 Einwohner Posens können freilich nicht auf einmal ins Theater gehen, aber Gott ist groß! wer weiß, was die nächste Zukunft uns bringt?

Wandelt, Justizrath.

Glaubt der hiesige Festungsbau-Direktor Reichelt sich **Liebe** und **Zutrauen** im hiesigen **Publikum** zu erwerben, wenn derselbe einer Deputation, welche denselben um **Beschäftigung** hiesiger **Handwerker** ersuchte, **unartig** und sogar **grob** begegnete? so ist derselbe im **Irrthum**, denn er fest sich dann, daß von denselben im Ministerium **Beschwerde** geführt werden wird, da das Reich der **Willkühr** aufgehört hat.

Einer für Alle, und Alle für Einen.